

Niedersächsischer Journalistentag 2020

Resolution: Journalisten und Journalistinnen im Kampf gegen den Hass stärken

Antragsteller: Gesamtvorstand DJV Niedersachsen

Der niedersächsische Journalistentag fordert eine bessere Unterstützung für Kollegen und Kolleginnen im Umgang mit Hassrede und Bedrohungen durch folgende Maßnahmen:

1. Niedersächsische Medien- und Rundfunkanstalten müssen Redaktionen, die Kommentare in den sozialen Medien und unter Online-Veröffentlichungen moderieren, löschen oder gegebenenfalls an die Ermittlungsbehörden weiterleiten, personell besser ausstatten, die dort arbeitenden Journalisten und Journalistinnen regelmäßig geschult und mehr wertgeschätzt werden. Gleiches gilt für die klassischen Leserbriefredaktionen, meinungsstarke Verfasser und Verfasserinnen von vieldiskutierten Themen und Medienschaffende, die über radikale politische Gruppen berichten.
2. Journalisten und Journalistinnen, die von Demonstrationen berichten, benötigen besseren Schutz durch die Polizei. Polizeibeamte und -beamtinnen sollten in Umgang mit Medienschaffenden geschult werden, dazu gehört es auch, den bundesweit einheitlichen Presseausweis zu kennen und bei aktuellem Geschehen vor Ort als Nachweis der hauptberuflichen journalistischen Tätigkeit anzuerkennen.

Begründung: Hass, Beleidigung und Bedrohungen werden vor allem in den Sozialen Medien immer drastischer, doch auch per Brief oder Telefonanruf werden Medienschaffende eingeschüchtert und herabgewürdigt. Dabei geht es um ganz unterschiedliche Themen wie Migration, Gleichberechtigung, die Jagd auf Wölfe oder Covid-19. Viele Redaktionen sind aber gerade im Bereich der Moderation von Social Media unterbesetzt. Zudem werden die Kollegen und Kolleginnen in diesem Bereich häufig schlechter bezahlt. Bei der Berichterstattung über Demonstrationen – zuletzt zum Beispiel über die Versammlungen so genannter Corona-Skeptiker*innen, werden Reporter*innen und Fotograf*innen und Kameraleute immer wieder auch körperlich angegriffen. Hier schützt die Polizei die Medienschaffenden häufig nicht ausreichend.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme